

Antrag 44/I/2025
Arbeitsgemeinschaft SPDqueer
Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:
Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen: Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion (Konsens)

AG queer

- 1 An die Bundestagsabgeordneten
- 2 der SPD, an die Landtagsabge-
- 3 ordneten der SPD folgendes zu
- 4 verfolgen:
- 5 1. Den Erhalt und die Si-
- 6 cherung bestehender
- 7 demokratiefördernder
- 8 Strukturen: Die bestehen-
- 9 den Institutionen und
- 10 Programme zur Förderung
- 11 demokratischer Werte und
- 12 politischer Bildung sollen
- 13 langfristig abgesichert und
- 14 weiter gestärkt werden.
- 15 Eine Evaluierung der bis-
- 16 herigen Maßnahmen wird
- 17 durchgeführt, um deren
- 18 Wirksamkeit zu verbessern
- 19 und gezielt auszubauen.
- 20 2. Die Schaffung einer
- 21 Taskforce gegen grup-
- 22 penbezogene Menschen-
- 23 feindlichkeit: Es wird eine
- 24 interdisziplinäre Taskforce
- 25 eingerichtet, die sich der

26 systematischen Erfassung,
27 Analyse und Bekämpfung
28 gruppenbezogener Men-
29 schenfeindlichkeit widmet.
30 Die Taskforce soll Vertreter
31 aus Wissenschaft, Polizei,
32 Justiz, Zivilgesellschaft und
33 weiteren relevanten Institu-
34 tionen umfassen, um eine
35 effektive Strategie zur Prä-
36 vention und Intervention zu
37 entwickeln.

38 3. Die Aufstockung der Per-
39 sonaldecke für die Fach-
40 dienststellen in Polizei und
41 Justiz: Um eine gezielte Ver-
42 folgung und Ahndung von
43 Straftaten mit menschen-
44 feindlichem Hintergrund
45 sicherzustellen, wird die
46 personelle Ausstattung der
47 entsprechenden Fachstel-
48 len bei Polizei und Justiz
49 bedarfsgerecht erhöht.
50 Dies soll eine schnellere
51 und effizientere Bear-
52 beitung relevanter Fälle
53 ermöglichen.

54 4. Die Bereitstellung eines
55 Sonderfonds für Prävention
56 und Aufklärung: Ein Son-
57 derfonds wird eingerichtet,
58 um präventive Maßnahmen
59 und Bildungsprogramme

60 zu finanzieren, die sich mit
61 dem Phänomenfeld grup-
62 penbezogener Menschen-
63 feindlichkeit befassen.
64 Dabei sollen nichtstaatliche
65 Akteure wie Initiativen, Ver-
66 eine und Bildungsprojekte
67 aktiv einbezogen wer-
68 den, um eine breitflächige
69 Sensibilisierung und Auf-
70 klärung der Bevölkerung zu
71 gewährleisten.

72 5. Den Erhalt und Schutz
73 demokratischer Werte als
74 Grundlage des sozialen
75 Zusammenhalts: Demokra-
76 tische Werte und Prinzipien
77 bilden das Fundament
78 unserer Gesellschaft und
79 müssen aktiv bewahrt und
80 gestärkt werden. Daher
81 wird eine umfassende
82 Strategie zur Sicherung
83 demokratischer Strukturen
84 sowie zur Förderung des
85 gesellschaftlichen Zusam-
86 menhalts entwickelt. Diese
87 soll gezielte Maßnahmen
88 zur politischen Bildung,
89 Sensibilisierung sowie zur
90 Bekämpfung von demokra-
91 tiefeindlichen Tendenzen
92 umfassen.

93

94 **Begründung**

95 Die gesellschaftlichen und po-
96 litischen Entwicklungen der
97 letzten Jahre zeigen eine be-
98 sorgniserregende Eskalation der
99 Diskriminierung und Ausgren-
100 zung marginalisierter Gruppen.
101 Migrant*innen, jüdische Men-
102 schen, Muslim*innen, People of
103 Color (PoC), LSBTIQ-Personen
104 und Frauen sind immer häu-
105 figer von Anfeindungen und
106 Angriffen betroffen – oft sogar in
107 mehrfacher Form. Diese Realität
108 stellt nicht nur eine Gefahr für
109 die Betroffenen dar, sondern
110 untergräbt auch die demokra-
111 tischen Grundwerte unseres
112 Zusammenlebens.

113 Besonders alarmierend ist
114 die zunehmende Verfestigung
115 gruppenbezogener Menschen-
116 feindlichkeit in politischen Struk-
117 turen und Institutionen. Die
118 aktuellen Gutachten des Verfas-
119 sungsschutzes auf Bundes- und
120 Landesebene belegen eindeutig,
121 dass die AfD als ideologischer
122 Wegbereiter und parlamentari-
123 scher Anker der neuen Rechten
124 fungiert. Durch die Verbreitung
125 von menschenverachtenden
126 und ausgrenzenden Positio-
127 nen leistet sie Vorschub für

128 eine gesellschaftliche Spaltung
129 und gefährdet das friedliche
130 Miteinander.

131 Angesichts dieser Entwicklungen
132 ist entschlossenes politisches
133 Handeln notwendig. Es gilt, die
134 Grundrechte aller Bürger*innen
135 zu schützen, demokratische
136 Werte zu verteidigen und eine
137 offene Gesellschaft zu fördern,
138 in der Vielfalt als Bereicherung
139 verstanden wird.